

Sparamkeit früher und heute

Zu Zeiten der sozialistisch-demokratischen Regierung wurde von Sparamkeit nicht viel geredet, dafür aber Sparam gewirtschaftet. Ohne Schulden übergab der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Taspser seinem Nachfolger die Staatsfinanzen. Ja, er hatte sogar eine gewisse Rücklage, die er den neuen deutschnationalen Männern hinterließ.

Das ist in den letzten Jahren nun anders geworden. Die schwarzweißroten Abgeordneten und Minister reden immerzu von Sparamkeit, rufen Sparamkommissionen aus Berlin ins Land, schreiben große, bide Denkschriften über Sparamkeit, aber sie handeln nicht Sparam. Worte und Taten sind bei diesen Leuten zwoierlei. Nach einer furchtbaren dreijährigen Schwaferei von Sparamkeit müssen sie jetzt bekennen, daß sie nichts erspart, sondern im Gegenteil noch 17 Millionen Mark Schulden gemacht haben. Weg mit diesen großmäuligen Sparamkeitspredigern, die selbst nicht Sparam sind, sondern gewirtschaftet haben wie banalroter Schuldenbarone.

Wir alle haben ja die blendende Schenckfreudigkeit der deutschnationalen Minister erlebt. Die Ruchlosen waren der Herzog, die Pastoren, die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer. Die 17 Millionen Mark Schulden hat das Volk zu tragen. Das sind Schulden in einer Höhe, die einem schwarz werden läßt vor Augen, wenn man an die Zukunft denkt. Und diese Schuldenmacher wagten es, von Sparamkeit zu reden. Das Volk muß am Sonntag dafür sorgen, daß sie endgültig aus der Regierung entfernt werden können.

Die Eisenbahnzeitrente

Als Braunschweig 1869 seine Eisenbahnen an Preußen verkaufte, übernahm Preußen die Verpflichtung, 62 Jahre lang, bis zum Jahre 1932, an Braunschweig eine jährliche Rente von 2,6 Millionen Mark zu zahlen. Diese Eisenbahnzeitrente ist auch während des Krieges und nach dem Kriege fortlaufend gezahlt worden. Als die Inflation kam, wurde weiter in Papiermark gezahlt, und schließlich die Zahlung, als zwei Millionen nichts mehr bedeuteten, ganz eingestellt. Im Jahre 1923 und 1924 mußte die sozialistische Regierung ganz ohne diese Einnahme auskommen. Es wurden aber Verhandlungen über die Aufwertung dieser Rente eingeleitet.

Durch Schiedsspruch des Reichsgerichtes wurde am 30. November 1926 Preußen verurteilt, an das Land Braunschweig vom 1. Oktober 1922 an die Rente mit 50 Prozent Aufwertung zu zahlen. Das bedeutet, daß Preußen bis 1932 jährlich rund 1,3 Millionen Mark zu zahlen muß. Außerdem mußten für die zurückliegenden Jahre von 1922 bis 1925 mit Zinsen 5,1 Millionen gezahlt werden. Ende Dezember 1926 ging diese Summe ein.

Nach den bestehenden Vorschriften wurde dies Geld ein Teil des Staatsvermögens, über das die Regierung nur mit Zustimmung des Landtages verfügen konnte. Statt so zu verfahren,

verwandte Minister Rüdenthals dies Geld, um einen Teil seiner beträchtlichen Schulden zu decken.

Diese 5,1 Millionen Mark waren zwar für die Jahre 1922 bis 1924 des sozialistischen Finanzministers Dr. Taspser bestimmt gewesen, aber Rüdenthals hat sonst von den Ueberverschüssen der sozialistischen Regierung gelebt, er tat es deshalb auch diesmal. So viel Geld auf einmal, das konnte er gebrauchen. Die sozialdemokratische Fraktion hat immer wieder auf diesen Skandal hingewiesen. Auch

die staatliche Rechnungskammer protestierte gegen diese deutschnationalen Finanzmethoden.

Die Rechnungskammer hatte in mehreren Sitzungen sich mit diesen 5,1 Millionen Mark beschäftigt und sowohl aus rechtlichen Gründen wie aus Gründen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit das Verfahren des Ministers Rüdenthals beanstandet. Aber Rüdenthals erklärte das Eingreifen der Rechnungskammer für verfrüht, die Frage müsse

später geklärt werden. Das wird kaum noch viel Zweck haben, denn inzwischen sind

die 5,1 Millionen Mark bis auf den letzten Pfennig ausgegeben.

Das nennt sich deutschnationaler Finanzpolitik! Hässlich bekommt der deutschnationaler Minister 1,3 Millionen Mark, die der sozialdemokratische nicht hatte. Außerdem bekommt der deutschnationaler Minister auf ein Brett bar ausgezahlt die Summe von 5,1 Millionen Mark, die eigentlich zur Regierungszeit des sozialdemokratischen Ministers gehören. Der deutschnationaler Minister gibt auf dies viele Geld restlos aus. Außerdem macht er 17 Millionen Mark Schulden. Die schwarzweißroten Parteien sehen und tadeln diese deutschnationalen Wirtschaftspolitik. Ja, sie machen sogar noch den frechen Versuch, ihren Schuldenminister Rüdenthals zu loben und zu preisen. Es muß Schluss mit der Katastrophenpolitik Rüdenthals gemacht werden. Wir dürfen nicht dulden, daß der braunschweigische Staat ruiniert wird. Das Volk würde wieder der Leidtragende dabei sein und die Opfer bringen müssen, während die Reichen schon wissen, wie sie sich bei irgendwelchen Schwierigkeiten einrichten sollen. Also weg mit der deutschnationalen Katastrophenpolitik. Wir wählen am Sonntag Liste 1, das bedeutet die gute sozialdemokratische Volkspolitik.

So kann es nicht weitergehen

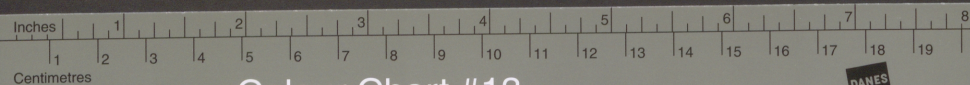
Bis weit in die Kreise der Rechtsparteien hinein wird die deutschnationaler Katastrophenpolitik der „Ruchmänner“ klar erkannt und heftig verurteilt. So hat der Bürgermeister Jersb aus Hanteburg, politisch selber schwarzweißrot, in einem Vortrag vor den braunschweigischen Bürgermeistern die Politik der Regierung gegenüber den Städten einer außerordentlich scharfen Kritik unterzogen. Er hat dabei sein Blatt vor den Mund genommen und die Verhältnisse geschildert, wie sie sind. Finanziell gehen die braunschweigischen Städte an der Rüdenthalschen Finanzwirtschaft kaputt. Weil Rüdenthals die Finanzen der Städte beschnitten hat, sind sie alle in riesige Schulden gestürzt. Der Fehlbetrag der Städte (ohne Braunschweig) betrug

1925	520 000 M
1926	900 000 M
1927	1,4 Mill. Mark.

Die Ausführungen von Jersb waren eine scharfe, vernichtende Kritik für das System der Ruchminister und besonders wirksam, weil diese Kritik von einem politisch rechtsstehenden Mann kam. Wir können uns Jersb nur anschließen, wenn er seinen großen Vortrag mit den Worten beendet: „So kann es nicht weitergehen.“

Der Koffe

„Siehst du die fünf zur Urne ellen?
Sie steuern falsch, ich seh es klar —
Sie siehen sich durch „Marquardt“ teilen
Und ahnen kaum von rechts Gefahr!
Schnell — daß ich sie nach links noch leite!“
„Halt an, halt an, mein lieber Sohn;
Sieh den Inspektor dort zur Seite —
Er hat dich längst im Auge schon!“ —
„Was frag ich viel nach seinem Drängen,
Wenn ich fünf Stimmen retten kann!
Lach mich, ich werd es nicht bereuen!“ —
Und näher drängt er sich heran.
Schon steigen sie die Stufen nieder
Zum Wahllokal — bald ist's vorüber —
„Der Feind steht rechts, ihr lieben Brüder!
Links müßt ihr steuern!“ — halt ein Schrei.
Sie jucken auf — sie überlegen —
Zustimmend schwenken sie den Hut
Und geh'n bedacht der Wahl entgegen —
Der Herr Inspektor schnaut vor Wut! —



Colour Chart #13

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

DANES PICTA .com